

Franz-Karl Nieder

Das Jahr 1946 im Kreis Limburg

Hinter der Annakapelle am Hildesheimer Dom befindet sich der berühmte „tausendjährige Rosenstock“. Man sagt: Wenn der Rosenstock nicht mehr blüht, werde ein Unglück die Stadt heimsuchen. Was befürchtet wurde, trat am 22. März 1945 ein: Stadt und Dom versanken bei einem Bombenangriff in Schutt und Asche. Der Rosenstock, der 1944 noch in voller Blüte stand, war mehrhoch mit Trümmern zugeschüttet und verbrannt. Doch der Schutt hatte sein Gutes. Die Wurzeln wurden durch die Trümmer geschützt; der Brand erreichte sie nicht. Schon 1945 wurden 21 neue Triebe gezählt.



In Limburg gibt es keinen tausendjährigen Rosenstock; aber ähnliches ist auch hier – und in ganz Deutschland – geschehen: Aus Trümmern entstand neues Leben. 1946 war eine Jahr voller Sorgen, geprägt von Hunger, Not und Armut. Ein Jahr der Vertreibung Unschuldiger aus ihrer Heimat. Aber es war auch das erste Jahr seit 1939 ohne Krieg, ohne nächtlichen Bombenalarm und ohne brennende Städte. Neues Leben konnte beginnen.

Am Montag, dem 26. März 1945 zogen die Amerikaner in Limburg ein, nach dem tags zuvor die Autobahnbrücke von deutschen Truppen gesprengt wurde. Am 29. März 1945 wurde Oberstadtinspektor Josef Schneider von den Amerikanern als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt.

Nichts charakterisiert die Lage damals deutlicher als die „Botschaft des Generals Eisenhower an das deutsche Volk in der amerikanischen Besatzungszone“ vom 6. August 1945:

„Die Erfahrung zweier Kriege innerhalb von 25 Jahren bestärkt uns in unserer Absicht, nie wieder eine Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland zuzulassen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeglicher Erscheinungsform werden ausgerottet. ... Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. ... Die kommenden Monate werden für Euch eine schwere Prüfung sein. ... Für die Beheizung von Wohnhäusern wird in diesem Winter keine Kohle zur Verfügung stehen. ... Trotz aller Not braucht Ihr nicht ohne Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. Durch Eure eigenen Anstrengungen könnt Ihr Euch sowohl in der Heimat wie in den Augen der Welt wieder Achtung verschaffen.“¹

¹ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg Nr. 6 vom 18. August 1945, S. 1.

Nr. 6
Limburg/Lahn, den 18. August 1945

Botschaft des Generals Eisenhower

An das deutsche Volk in der amerikanischen Besatzungszone!

Drei Monate sind seit der entscheidenden Niederlage Deutschlands verstrichen. Wir haben während dieser Zeit hauptsächlich auf Beseitigung der Nazis aus allen für das deutsche öffentliche Leben wichtigen Stellen hingearbeitet. Ferner haben wir Recht und Ordnung wiederhergestellt und zahlreiche Maßnahmen getroffen, die eine Grundlage bieten, auf der Ihr jetzt Eure äußersten Kräfte zur Milderung der Euch im kommenden Winter bevorstehenden Schwierigkeiten anspannen könnt.

Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die Amerikanische Besatzungszone Deutschlands bekannt zu machen. Diese Pläne entsprechen in jeder Beziehung den Grundsätzen, die von den Alliierten Staatsmännern in der soeben beendeten Konferenz in Potsdam festgelegt worden sind.

Die Erfahrungen zweier Kriege innerhalb 25 Jahren bestärkt uns in unserer Absicht, nie wieder eine Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland zuzulassen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeglicher Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort, jede Möglichkeit Krieg vorzubereiten, wird und bleibt in Deutschland beseitigt.

Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. Sobald Eure Gerichte und Schulen von Nazi-Einflüssen gereinigt sind, werden sie wieder geöffnet werden. Rechtspflege und Erziehungswesen, die auf echten demokratischen Grundsätzen beruhen, werden kräftigste Unterstützung finden.

Bereits heute veröffentlicht Ihr eine Anzahl eigener Zeitungen, wählt Verbandsmänner, die Euch in Euren Betrieben vertreten, und arbeitet in Ausschüssen als Berater der Militärregierung. Diese und ähnliche Maßnahmen werden weiter ausgebaut werden.

Es wird Euch gestattet werden, örtliche Gewerkschaften zu bilden und Euch örtlich politisch zu betätigen. Versammlungen zu diesen Zwecken dürfen mit Genehmigung der örtlichen Militärregierung abgehalten werden. Zu den vordringlichsten Aufgaben von Gewerkschaften und politischen Parteien gehört die Mitwirkung an solchen Maßnahmen, wie sie jetzt zur Vorbereitung auf den kommenden Winter notwendig sind.

Volle Freiheit zur Bildung von Gewerkschaften und zur Ausübung politischer Tätigkeit in demokratischem Sinne werdet Ihr schnellstens dort erlangen, wo Ihr zeigt, daß Ihr bereit seid, solche Vorrechte verständnisvoll auszuüben. Es hängt von Euren eigenen Handlungen ab, wenn die noch bestehenden Beschränkungen von uns aufgehoben werden können.

Die kommenden Monate werden für Euch eine schwere Prüfung sein. Es ist unvermeidbar, daß sie hart sein werden. Alle Anzeichen deuten auf Knappheit an Lebensmitteln, Heizungsstoffen, Wohnraum und Transportmitteln. Dies sind die Folgen des Angriffskrieges. Es steht jedoch in Eurer Macht, durch beharrliche Arbeit und gegenseitige Hilfe diese Not zu lindern. Müßiggang darf es nicht geben.

Die Ernteaussichten sind gut. Jedoch ist es zur vollen Einbringung der Ernte notwendig, daß die Stadtbewölkerung auf das Land geht und dort arbeitet.

Für die Beheizung von Wohnhäusern wird in diesem Winter keine Kohle zur Verfügung stehen. Zur Deckung des notwendigsten Bedarfes müßt Ihr in den nächsten Monaten in den Wäldern genügend Holz füllen und einsammeln.

Eure dritte Hauptsorge ist die Beschaffung von Wohnraum. Solange die Witterung es gestattet, müssen beschädigte Häuser ausgebessert werden, um während dieses Winters so viel Schutz wie möglich zu bieten. Zu diesem Zweck müßt Ihr in größtmöglichem Umfange Altmaterial und in den Wäldern geerntetes Holz verwenden.

Dies alles sind Eure Probleme. Deren Lösung hängt allein von Eurer Arbeit ab. Die Militärregierung hat auf vielen Gebieten deutsche Zivilbehörden eingesetzt, damit Ihr Euch selbst helfen könnt, bis die Zeit reif ist, Eure eigene Regierung auszuwählen. Falls Ihr das Eure tut, können wir Euch anderweitig helfen. Ich habe bereits militärische Transportmittel zur Verfügung gestellt, um zur Verhütung des Verderbens der Ernte auf den Feldern beizutragen.

Militärpersonen unter meinem Befehl ist jetzt gewöhnlicher Umgang mit Euch in der Öffentlichkeit gestattet. Auf diese Weise werden wir in der Lage sein, die Probleme, die die kommenden Monate für Euch bringen werden, besser zu verstehen.

Trotz aller Not braucht Ihr nicht ohne Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. Durch Eure eigenen Anstrengungen könnt Ihr Euch sowohl in der Heimat wie in den Augen der Welt wieder Achtung verschaffen. Es liegt in Eurer Macht, am Ende ein gesundes, demokratisches Leben in Deutschland aufzubauen und in die Gemeinschaft der Völker wieder einzutreten. Um dieses Ziel zu erreichen, müßt Ihr zeigen, daß Ihr Euch für immer von Militarismus und Angriffsgeist losgesagt habt und in Frieden mit der Welt zu leben gewillt seid.

6. August 1945.

DWIGHT D. EISENHOWER
 GENERAL OF THE ARMY
 OBERBEFEHLSHABER DER
 AMERIKANISCHEN STREITKRÄFTE IN EUROPA

Damit sind die wichtigsten Themen für das Jahres 1946 und die weiteren Jahre genannt:

- Ausrottung von Nationalsozialismus und Militarismus
- Aufbau demokratischer Strukturen
- Behebung der Not

Das Land Gross-Hessen

Am 19. September 1945 hat General Eisenhower in einer Proklamation verkündet: „Innerhalb der Amerikanischen Besatzungszone werden hiermit Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden; jeder Staat wird eine Staatsregierung haben.“ Einer dieser Staaten war „Gross-Hessen; er umfasste „Kurahessen und Nassau (ausschließlich der zugehörigen Exklaven und der Kreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und Sankt Goarshausen) und Hessen-Starkenburg, Oberhessen und den östlich des Rheines gelegenen Teil von Rheinhessen.“. Außer Groß-Hessen gehörten noch die Länder Bayern (jedoch ohne den Landkreis Lindau/Bodensee) sowie Bremen und Württemberg-Baden zur amerikanischen Besatzungszone.² Ab 1. Dezember 1946 wurde Gross-Hessen“ nur noch „Hessen“ genannt.

Im September 1946 wurde auf Anstoß der Amerikaner aus der amerikanischen und der britischen Besatzungszone mit Wirkung vom 1. Januar 1947 die Bizone gebildet. Im März 1948 kam dann die französische Besatzungszone hinzu (Trizone), sodass jetzt bis auf das Saarland alle Länder Westdeutschlands zusammengefasst waren.³ Die Kölner sangen damals: „Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien“.

² Amtsblatt der Militärregierung Deutschland - Amerikanische Zone, Kontrollgebiet der 6. Armeegruppe. vgl. Felix Bandl, Das Recht der Besatzungsmacht, Oldenbourg, Ausgabe 1947.

³ Wikipedia: Besatzungszonen.

Ein geeintes Deutschland sollte es nach dem damaligen Willen der Siegermächte nicht geben. Das änderte sich jedoch bald. Als es zu Spannungen zwischen den drei Westmächten (Amerika, England, Frankreich) einerseits und Russland andererseits kam, beschlossen die Westmächte, „in ihren Zonen dem deutschen Volk den Aufbau einer eigenen demokratischen Gesamtordnung zu ermöglichen.“⁴

Ausrottung von Nationalsozialismus - Entnazifizierung

Am 5. März 1946 haben die Landesregierungen von Groß-Hessen, Bayern und Württemberg-Baden das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus in München unterzeichnet. In langen Listen haben das Gesetz und eine Anlage zum Gesetz die nationalsozialistischen Organisationen, deren Mitglieder sich zu verantworten hatten, aufgelistet. Um Betroffenen zu erfassen, wurde ein Meldeverfahren eingerichtet. „Jeder Deutsche über 18 Jahren hat einen Meldebogen auszufüllen und einzureichen.“⁵ Über die Einreichung dieses Meldebogens wurde eine Bescheinigung ausgestellt. „Lebensmittelkarten [...] dürfen ohne diese Bescheinigung nicht ausgegeben werden.“⁶ Als im Juni 1946 eine einheitliche polizeiliche „Deutsche Kennkarte“ eingeführt wurde, griff man auf diese Bescheinigung zurück. Auf der Kennkarte wurde „die amtliche Entscheidung über die Eingruppierung ... auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus sowie etwaige Sühnemaßnahmen ... eingetragen.“⁷

Die Militärregierung wollte die Bevölkerung mit den Gräueltaten der Nationalsozialisten konfrontieren; so verordnete in ihrem Auftrag der Landrat am 1. März 1946: „Jeder Einwohner des Kreises Limburg hat sich den Film ‚Die Todesmühlen‘ anzusehen. Wie weit dies technisch durchführbar ist, steht noch dahin.“ Eine Zeitungsanzeige der Lichtspiele Neumarkt, Limburg, informiert über den Film: „Das authentische Filmdokument aus den Konzentrationslagern.“⁸

Die Militärregierung hat am 1. August 1945 angeordnet: „Alle Personen, welche zu irgendeiner Zeit Mitglied der NSDAP waren, sind, ohne Rücksicht auf ihre Stellung im bürgerlichen Leben, verpflichtet, wöchentlich zwölf Stunden Aufräumungs- und Säuberungsarbeiten gegen Entgelt zu leisten.“ Ausgenommen waren Männer über 60 Jahren, Frauen über 40 Jahren „sowie Personen, welche laut amtsärztlichem Zeugnis zu der geforderten Arbeitsleistung nicht in der Lage sind“.⁹

Ehemaligen Mitgliedern der NSDAP wurde der Zugang zu einer Berufstätigkeit erschwert; leitende und aufsichtführende Positionen durften solche Positionen nicht bekleiden.¹⁰ Das Vermögen der Betroffenen wurde gesperrt.¹¹ Im Alter erhielten sie keine Rente; teilweise wurde auch ihren hinterbliebenen Frauen die Witwenrente nicht ausgezahlt. In dem bereits erwähnten Meldebogen musste bei Witwen und Waisen angegeben werden, ob die Person, von der sie ihr Bezugsrecht ableiten, ein Amt im NS-Staat bekleidet hatte.¹² Gegen die Streichung der Pension konnte jedoch bei der Bezirksregierung in Wiesbaden Einspruch eingelegt werden, wie der Regierungspräsident am 18. Februar 1946 bekannt gab; am 4. Juni 1946 wurde vom Regierungspräsidenten festgelegt, dass dem Einspruch eine entlastende Bescheinigung der Spruchkammern beizulegen sei.¹³

⁴ Verfassung des Landes Hessen und Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland; Verlag Dr. Max Gehlen, 46. Aufl., 1953, S. 45.

⁵ Artikel 3 (2).

⁶ Durchführungsverordnung Nr. 1 vom 5.3. 1946 zum Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946. Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen; 1946, Nr. 7- 8, S. 71f.

⁷ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg, 1946, Nr. 23 vom 8. Juni 1946, S. 1.

⁸ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1946, Nr. 9 vom 2. März 1946, S. 1 und S. 6.

⁹ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg, 1945, Nr. 5 vom 11. August 1945, S. 1.

¹⁰ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1945, Nr. 14 vom 13. Oktober 1945, S. 1; Nr. 15 vom 20. Oktober 1945, S. 1 und Nr. 21 vom 1. Dezember 1945, S. 2.

¹¹ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1945, Nr. 22 vom 8. Dezember 1945, S. 3.

¹² Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1945, Nr. 19 vom 17. November 1945, S. 1.

¹³ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1946, Nr. 9 vom 2. März 1946, S.1 und Nr. 26 vom 29. Juni 1946, S. 1.

Die Entfernung ehemaliger NSDAP-Mitglieder stieß jedoch auch auf Kritik. Durch die vielen Entlassungen – Ende September 1945 wurden unter Berufung auf das Gesetz Nr. 8 in Frankfurt 6.583 Personen entlassen – kam in Hessen teilweise das Wirtschaftsleben zum Erliegen. Ministerpräsident Geiler kritisierte in der Kabinettsitzung vom 19. Oktober 1945: „*Das Verfahren, dass man die Leute erst entläßt und dann prüft, ob sie wieder hereinkommen sollen, (ist) derart wirtschaftsschädigend, dass es geradezu undurchführbar ist.*“¹⁴

Spruchkammern

Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 15. März 1946¹⁵ hat in Artikel 4 zur Beurteilung der Verantwortlichkeit die folgenden Gruppen gebildet:

1. Hauptschuldige,
2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer),
3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe),
4. Mitläufer,
5. Entlastete (vom Gesetz nicht betroffen).

Die Entscheidung, in welche Gruppe ein Beschuldigter einzureihen war, erfolgte nach Artikel 24 durch Spruchkammern, die in allen Stadt- und Landkreisen einzurichten waren. Jeder Spruchkammer bestand aus einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern; für jede Kammer wurde ein „öffentlicher Kläger“ bestellt. Der Minister für Wiederaufbau und politische Befreiung im Großhessischen Staatsministerium teilte am 16. Mai 1945 mit, dass in Limburg eine Spruchkammer gebildet worden sei und der öffentliche Kläger seine Arbeit aufgenommen habe. „Anträge, Anzeigen und sonstige Hinweise sind an die Spruchkammer zu richten.“¹⁶ Die Verhandlungen waren öffentlich; in der Presse wurden mit Nennung des Namens des Beschuldigten die jeweiligen Verhandlungstermine genannt.

Nun haben viele Betroffene damals „Vordringlichkeitsgesuche“ gestellt, offenbar in der Absicht, als Mitläufer durch eine Sühnezahlung die Sache schon bald hinter sich zu bringen. Die Spruchkammer Limburg hat am 4. Juli 1946 von solchen Anträgen abgeraten, „da wegen der übergroßen Anzahl derartiger Gesuche dieselben nicht berücksichtigt werden können“.¹⁷

Nach heutigem Rechtsempfinden muss ein Kläger beweisen, dass der Beklagte schuldig ist. Das »Befreiungsgesetz« machte es bei den Spruchkammern umgekehrt; es legte fest, dass der Beklagte eo ipso schuldig war, wenn er nicht seine Unschuld nachweisen konnte. Die Beweislast lag also beim Angeklagten. „*Bis zur Widerlegung gilt als Hauptschuldiger, wer in Klasse 1 der dem Gesetz beigefügten Liste aufgeführt ist.*“¹⁸ Dem Angeklagten blieb meist nichts anderes übrig, als die Unschuld durch Bescheinigungen von Bekannten und Freunden zu belegen. Im Volksmund wurden diese Bescheinigungen „Persilscheine“ genannt. Viele dieser Scheine hatten daher einen zweifelhaften Wert.

In den Jahren 1947/48 hat sich die Einstellung der Amerikaner zur Entnazifizierung grundlegend gewandelt. Bedingt durch eine geänderte politische Großwetterlage waren die Amerikaner an einer Fortsetzung der Entnazifizierung nicht mehr interessiert. Heute steht die Forschung der Entnazifizierung oft reserviert gegenüber. Der Druck zur Gesinnungsänderung kam von außen. Die Einstellung zum NS-Regime änderte sich erst, als – wenn auch viel später – normale Gerichtsverhandlungen von deutschen Gerichten durchgeführt wurden.

¹⁴ Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945 – 1954, S. 45; vgl. auch HHStAW Abt. 502 Nr. 7137.

¹⁵ Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen Nr. 7-8 vom 15. März 1946. Das Blatt kann auch Online eingesehen werden (Hessischer Landtag/Landtagsinformationssystem).

¹⁶ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1945, Nr. 20 vom 18. Mai 1945, S. 3.

¹⁷ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg Nr. 27 vom 6. Juli 1946, S. 2.

¹⁸ Artikel 6.

Eine ausführliche Darlegung zur „Entnazifizierung“ siehe: Jahrbuch für den Kreis Limburg-Weilburg 2007.¹⁹

Der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher

Das Londoner Viermächteabkommen vom 8. August 1945 schuf die Rechtsgrundlage für einen Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher im Nationalsozialismus. Es wurde ein Internationaler Militärgerichtshof ins Leben gerufen, in den die vier Siegermächte die Richter und die Ankläger stellten. Der Prozess begann am 20. November 1945 und dauerte bis zum 1. Oktober 1946).

Die vier Anklagepunkte waren:

- Planen und Führen eines Angriffskrieges,
- Verbrechen gegen den Frieden,
- Kriegsverbrechen,
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Angeklagten konnten ihren Verteidiger selbst wählen. Die Prozessführung – der Prozess war öffentlich – wurde simultan in mehrere Sprachen übertragen; 250 Zeitungs- und Rundfunkberichterstatte aus aller Welt berichteten über die Verhandlungen. Der Prozess machte die Gräueltaten der Nationalsozialisten im ganzen Land und darüber hinaus weltweit bekannt; viele Menschen wurden erstmals mit der Unmenschlichkeit des Regimes konfrontiert. 24 Personen wurden angeklagt. Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich waren bei der Eröffnung des Prozesses bereits tot.

Am 30. September und am 1. Oktober 1946 wurden die Urteile verkündet. Von den 24 Angeklagten wurden zwölf zum Tod durch den Strang verurteilt, einige erhielten langjährige Haftstrafen; drei Personen wurden frei gesprochen. Von den zwölf Todesurteilen wurden nur zehn vollstreckt, da Martin Bormann nicht auffindbar war (der Prozess fand in seiner Abwesenheit statt) und Hermann Göring im Gefängnis Selbstmord beging.²⁰

In weiteren Nachfolgeprozessen vor einem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg wurden 185 Personen angeklagt. Spätere Prozesse fanden vor deutschen Gerichten in verschiedenen deutschen Städten statt, so auch die drei Auschwitzprozesse in Frankfurt (1963 bis 1968).

Demokratische Strukturen

Schon bald nach ihrem Einzug haben die Amerikaner demokratische Strukturen eingeführt. Sie waren der Meinung, damit etwas Neues in Gang gesetzt zu haben und knüpften nicht an die Wahlen 1919 bis 1933 an; dies tat erst das Grundgesetz, das viele Formulierungen der Weimarer Verfassung übernahm.

„Zur Einführung in das Denken der neuen Zeit findet am letzten Mittwoch jedes Monats eine Schulung der gesamten Lehrerschaft des Kreises statt, mit Unterrichtsbeispielen, Vorträgen u. Aussprachen, gewöhnlich im Gesellenhaus, aber auch im Gymnasium, in der Berufsschule.“ Dieser „pädagogische Zeigefinger“ kam jedoch nicht bei allen Lehrern gut an; der „vom Minister angeordnete ‚demokratische Mittwoch‘ wird jetzt nur noch vierteljährlich abgehalten.“²¹

Vier mal durften die Hessen 1946 durch Wahl jene bestimmen, die die Gemeinde und das Land regieren sollten:

¹⁹ Franz-Karl Nieder, Entnazifizierung 1945 – 1948. In: Jahrbuch für den Kreis Limburg-Weilburg 2007, Herausgeber: Der Kreisausschuss (Kreisheimatstelle) des Landkreises Limburg-Weilburg, S. 149 – 160.

²⁰ Wikipedia: Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher (17.05.2015)

²¹ Schulchronik System I, Bd. 1912-1950, S. 239; System II, Bd. 1912-1950 S. 74.

- Am 27. Januar 1946 fanden die Gemeinderatswahlen statt; damals kandidierten nur drei Parteien; die CDU erhielt im Kreis Limburg insgesamt 74,3 Prozent, die SPD 22,4, die KPD 0,9 und örtliche Wählergruppen 2,4 Prozent aller gültigen Stimmen.
- Am 28. April 1946 wurde der Kreistag gewählt. Die CDU erreichte im Kreis Limburg 71,5 Prozent, die SPD 25,4 Prozent und die KPD 3,1 Prozent.²²
- Das am 19. September 1945 gegründete Land Hessen hatte noch keine Verfassung; eine eigene verfassungsgebende Landesversammlung wurde am 30. Juni 1946 gewählt. Die Abstimmung über den von der verfassungsgebenden Landesversammlung erarbeiteten Verfassungsentwurf erfolgte in einem Volksentscheid am 1. Dezember 1946; 78,7 Prozent aller gültigen Stimmen im damaligen Landkreis Limburg votierten für den Entwurf, 21,3 Prozent dagegen. Ebenfalls am 1. Dezember 1946 wurde der erste Landtag gewählt. Die CDU erhielt im Kreis Limburg 61,3 Prozent aller gültigen Stimmen, die SPD 27,2 Prozent, die LPD (Liberal-Demokratische Partei) 7,6 Prozent und die KPD 3,9 Prozent. Auf Landesebene war jedoch die SPD die stärkste Kraft; sie stellte mit Christian Stock den ersten Ministerpräsidenten Hessens.

Das vom Groß-Hessischen Staatsministerium erlassene Gemeindewahlgesetz vom 15. Dezember 1945²³ legte in § 3 (2) fest, dass sich Personen mit nationalsozialistischer Vergangenheit nicht an den Wahlen beteiligen konnten, weder als Kandidaten noch als Wähler.

Heimatvertriebene kamen ins Land

1946 kamen Heimatvertriebene ins Land. Es waren vor allem Sudetendeutsche und Deutsche aus Ungarn, die ab Juni 1945 „in vollem Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens“²⁴ vertrieben und enteignet wurden. Die Menschen hatten ihre Heimat verloren und sollten nun hier eine neue Heimat finden. Am 27. Februar 1946 gibt der Landrat bekannt: *„Die Einweisung der für den Kreis bestimmten Ausgewiesenen aus dem Südosten hat begonnen. Es sind laufend weitere Transporte zu erwarten. Das Los der aus ihrer Heimat Vertriebenen ist undenkbar hart.“* Der Landrat forderte die Bevölkerung auf, alles zu tun, *„dieses Schicksal zu erleichtern“*. Auf der anderen Seite bat er die Heimatvertriebenen, auch die Schwierigkeiten zu sehen, *„denen ein ohnehin schon vollbesiedeltes und durch die Zerstörung der Städte überfülltes Land bei der weiteren Aufnahme der großen Zahl von Ausgewiesenen hat“*.²⁵ *„Die Not der Flüchtlingskinder ist vielfach sehr groß, weil ihre Eltern nur das Lebensnotwendigste mitnehmen durften. Meistens sind jetzt Eltern und Kinder in einem einzigen Raum untergebracht. [...] Von der einheimischen Bevölkerung in der amerikanischen Zone wird die schwere Lage der Heimatlosen oft nicht verstanden.“*²⁶ Wie die vorstehende Aufstellung zeigt, waren am 29. Juni 1946 in Limburg (ohne die heutigen Ortsteile) 18,8 Prozent der Bevölkerung

Heimatvertriebene in Limburg am 29.6.1946

	Bevölkerung	Heimatvertriebene absolut	in %
Limburg (heutige Kernstadt)	13.554	2.553	18,8
Ahlbach	861	124	14,4
Dietkirchen	1.002	196	19,6
Eschhofen	1.745	263	15,1
Lindenholzhausen	2.282	290	12,7
Linter	754	246	32,6
Offheim	1.132	196	17,3
Staffel	1657	437	26,4

Quelle:

Rompel, Die Orte des Kreises Limburg-Weilburg in der amtlichen Statistik, S. 53 u. 113.

²² Die Prozentzahlen der Gemeinde – und Kreistagswahlen sind errechnet aus den in den Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1946, Nr. 5 vom 2. Februar 1946, S. 1 und Nr. 18 vom 4. Mai 1946, S. 1 angegebenen absoluten Zahlen.

²³ Gesetz- und Verordnungsblatt für Groß-Hessen Nr. 2 vom 24.12.1945, S. 7-9.

²⁴ Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 29. September 1949 in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag.

²⁵ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg, Nr. 9 vom 2. März 1956, S. 1.

²⁶ Schulchronik Ahlbach, Band 2, S. 19.

Heimatvertriebene.²⁷ Im gesamten Gebiet des heutigen Kreises Limburg-Weilburg waren es sogar 24,0 Prozent.

Sechzehn heimatvertriebene Familien mit insgesamt 80 Personen wurden in einer Baracke auf dem Fußballplatz in Linter einquartiert. (Während des Krieges waren kriegsgefangenen Russen, die auf dem Flugplatz arbeiteten, in der Baracke untergebracht.) Es war eine qualvolle Enge für die Barackenbewohner; es gab nur zwei Toiletten (!); nach vielen Interventionen wurde eine Wasserleitung in einer Länge von 130 Meter – weithin in Selbsthilfe – gelegt; die Lichtleitungen waren defekt, die Bretterverschalung in schlechtem Zustand, das Dach schadhaft, so dass oft Regenwasser in die einzelnen Zimmer drang.²⁸ Für die Heimatvertriebenen, meist katholischer Konfession, wurde in der Baracke Gottesdienst gefeiert; eine Zeitzeugin erinnerte sich: „Man baute in der Mitte des Ganges einen Altar auf; ein Marienbild und Kerzen waren die sakralen Bestandteile. Für die älteren Leute wurden von den Bewohnern der Baracke Stühle zur Verfügung gestellt.“²⁹

Das Jahr 1946 war eine Notzeit; Deutschland hungerte.

„Eine Not, wie sie das deutsche Volk noch nie erlebt hat, pocht an unsere Türen. Täglich habt ihr die Not der heimkehrenden Kriegsgefangenen vor Augen. Die Not der Ausgebombten ist oft nicht minder schwer. Unendlich groß ist die Not der Flüchtlingen.“ Dieser „Notruf“, zugleich Aufruf zu einer „Sachwert- und Geldsammlung“ in der Zeit vom 1. bis 10. Juni 1946, wurde unterzeichnet vom Ministerpräsident, vom der Arbeiterwohlfahrt, dem Caritasverband, der Inneren Mission, dem Roten Kreuz und anderen Einrichtungen. Der Notruf wurde sowohl am 25. Mai wie auch am 1. Juni veröffentlicht.³⁰

Es gab Lebensmittelmarken, Kleidermarken usw. Wichtiger als Geld – das war damals kaum etwas Wert – waren die Marken der Lebensmittelkarte. Die Folge: der „Schwarze Mark“ blühte.

Original Nachdruck US-ZONE für Gesamt-ZONE

U. S. Besatzungszone LEA WÜRTEMBERG EA Lebensmittelkarte für Erwachsene über 18 Jahre E 90 Gültig vom 24. 6. bis 21. 7. 1946 Für Sie von Brot für die Welt Anstelle von 100 g Brot können 87 g Mehl bezogen werden Bei Verlust der Karte kein Ersatz					Brot D US-Zone E IV 90 1000 g BROT US-Zone E IV 90		Brot C US-Zone E III 90 500 g BROT US-Zone E III 90		Brot B US-Zone E II 90 1000 g BROT US-Zone E II 90		Brot A US-Zone E I 90 500 g BROT US-Zone E I 90	
FLEISCH US-Zone E IV B 90 100 g FLEISCH US-Zone E III B 90 100 g FLEISCH US-Zone E II B 90 100 g FLEISCH US-Zone E I B 90 100 g					FLEISCH US-Zone E IV C 90 50 g FLEISCH US-Zone E III C 90 50 g FLEISCH US-Zone E II C 90 50 g FLEISCH US-Zone E I C 90 50 g		FLEISCH US-Zone E IV 90 50 g FLEISCH US-Zone E III 90 50 g FLEISCH US-Zone E II 90 50 g FLEISCH US-Zone E I 90 50 g		FLEISCH US-Zone E IV 90 50 g FLEISCH US-Zone E III 90 50 g FLEISCH US-Zone E II 90 50 g FLEISCH US-Zone E I 90 50 g			
FETT US-Zone E IV 90 50 g FETT US-Zone E III 90 50 g FETT US-Zone E II 90 50 g FETT US-Zone E I 90 50 g					FETT US-Zone E IV 90 50 g FETT US-Zone E III 90 50 g FETT US-Zone E II 90 50 g FETT US-Zone E I 90 50 g		FETT US-Zone E IV 90 50 g FETT US-Zone E III 90 50 g FETT US-Zone E II 90 50 g FETT US-Zone E I 90 50 g		FETT US-Zone E IV 90 50 g FETT US-Zone E III 90 50 g FETT US-Zone E II 90 50 g FETT US-Zone E I 90 50 g			
ZUCKER US-Zone E IV 90 250 g ZUCKER US-Zone E III 90 250 g ZUCKER US-Zone E II 90 250 g ZUCKER US-Zone E I 90 250 g					ZUCKER US-Zone E IV 90 250 g ZUCKER US-Zone E III 90 250 g ZUCKER US-Zone E II 90 250 g ZUCKER US-Zone E I 90 250 g		ZUCKER US-Zone E IV 90 250 g ZUCKER US-Zone E III 90 250 g ZUCKER US-Zone E II 90 250 g ZUCKER US-Zone E I 90 250 g		ZUCKER US-Zone E IV 90 250 g ZUCKER US-Zone E III 90 250 g ZUCKER US-Zone E II 90 250 g ZUCKER US-Zone E I 90 250 g			
NÄHRMITTEL US-Zone E IV 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E III 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E II 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E I 90 100 g					NÄHRMITTEL US-Zone E IV 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E III 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E II 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E I 90 100 g		NÄHRMITTEL US-Zone E IV 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E III 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E II 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E I 90 100 g		NÄHRMITTEL US-Zone E IV 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E III 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E II 90 100 g NÄHRMITTEL US-Zone E I 90 100 g			
KÄSE US-Zone E IV 90 100 g KÄSE US-Zone E III 90 100 g KÄSE US-Zone E II 90 100 g KÄSE US-Zone E I 90 100 g					KÄSE US-Zone E IV 90 100 g KÄSE US-Zone E III 90 100 g KÄSE US-Zone E II 90 100 g KÄSE US-Zone E I 90 100 g		KÄSE US-Zone E IV 90 100 g KÄSE US-Zone E III 90 100 g KÄSE US-Zone E II 90 100 g KÄSE US-Zone E I 90 100 g		KÄSE US-Zone E IV 90 100 g KÄSE US-Zone E III 90 100 g KÄSE US-Zone E II 90 100 g KÄSE US-Zone E I 90 100 g			
Quark US-Zone E IV 90 100 g Quark US-Zone E III 90 100 g Quark US-Zone E II 90 100 g Quark US-Zone E I 90 100 g					Quark US-Zone E IV 90 100 g Quark US-Zone E III 90 100 g Quark US-Zone E II 90 100 g Quark US-Zone E I 90 100 g		Quark US-Zone E IV 90 100 g Quark US-Zone E III 90 100 g Quark US-Zone E II 90 100 g Quark US-Zone E I 90 100 g		Quark US-Zone E IV 90 100 g Quark US-Zone E III 90 100 g Quark US-Zone E II 90 100 g Quark US-Zone E I 90 100 g			

Nicht übertragbar!

²⁷ Es mag sein, dass auch einige Bombengeschädigte in diese Statistik eingegangen sind.

²⁸ Bericht im Nassauer Boten vom 19. Oktober 1949, hier zitiert aus: Eingliederung und Wirken der Heimatvertriebenen. Eine Dokumentation des Kreises Limburg-Weilburg, 2. Aufl. 1989, S. 53

²⁹ Franz-Karl Nieder, „Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ – 50 Jahre Katholische Kirche in Linter, S. 8; dort jedoch mit falschem Datum des ersten Gottesdienstes in Linter.

³⁰ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1946: Nr. 21 und Nr. 22, jeweils S. 1.

In der 86. Zuteilungsperiode vom 4. März bis 31. März (also für vier Wochen), erhielt jeder Lebensmittelkarten für:

- Fett: Die Fettration setzt sich aus 250 g Butter und 150 g Margarine zusammen.
Quark: Die Ausgabe von Quark erfolgt nur an Kleinstkinder und Säuglinge. An über 3 Jahre alte Verbraucher wird Quark nicht ausgegeben.
Eier: Ein Aufruf von Eiern erfolgt für die Zuteilungsperiode nicht.
Marmelade: Es wird nur an Kleinstkinder und Säuglinge Marmelade in Höhe von 250 g ausgegeben.³¹

Es wurde damals fast alles bewirtschaftet, z. B. Brot, Fleisch, Käse, Bier, Tabakwaren, Eier, Seife, Schuhe, Kleidung. Teilweise wurden Preise festgelegt, teilweise konnte die Ware nur mittels einer Karte erworben werden.

„Die Ernte 1945 konnte man noch als befriedigend bezeichnen. Aber schon 1946 machte sich der Mangel an Düngemitteln und Saatgut in einer weit geringeren Ernte bemerkbar. Der Winter 1946/47 war der kälteste seit Menschengedenken. In den Städten starben Leute an Unterernährung und Erfrierungen. Nach Pressemeldungen kamen Flüchtlinge auf dem Transport aus dem Osten in einem Eisenbahnwagen vor Kälte um.“³²

Am 6. Dezember 1945 erfolgte durch den Landrat eine „Sonderzuteilung zu Weihnachten“; es gab Mehl, teilweise aus amerikanischen Beständen, für die Kinder Bonbons oder Lebkuchen und für die Kleinkinder Trinkschokolade; Lebkuchen und Trinkschokolade mussten vorbestellt werden.³³

Von Notzeiten sind besonders Kinder und Jugendliche betroffen. Sie müssen lernen, mit Gefahren umzugehen; nicht selten erleben sie Todesgefahren, werden mit dem Tod von Schulkameraden konfrontiert. Lehrer Michels, Rektor der Schule I in Limburg machte während des ersten Weltkrieges die Erfahrung, dass Schulzucht und Erziehung gelitten haben; „es nahmen zu besonders Diebstähle der Jugend (Ladendiebstähle der Schüle, Taten der Rohheit und die Schulversäumnisse.“ Problematisch ist jedoch, dass der Schulmann dann die Polizei einschaltete. Wer Hunger hat, gerät eben schnell in die Gefahr eines Ladendiebstahls.³⁴ Das Chaos der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg war dann noch einmal ungleich größer als das während des ersten Weltkrieges. Die Lehrer reagierten diesmal verständnisvoller.

Schulen in der Stadt Limburg

Die Eröffnung der Schulen verzögerte sich im ganzen Land, weil zuvor die Lehrer auf eine evtl. NS-Vergangenheit überprüft wurden: „Die Erziehung der dt. Jugend muß u. soll natürlich grundlegend geändert werden. Die Schulbücher und die Lehrerschaft mußten von allen faschistischen Einflüssen gereinigt werden. Deshalb gab es zunächst im gesamten Lehrbetrieb Deutschlands eine lange, unfreiwillige Pause. Alle Lehrpersonen wurden nacheinander einzeln unter die Lupe genommen u. nur diejenigen wurden zum Schuldienst wieder zugelassen, deren politisches Verhalten als einwandfrei erschien.“³⁵ Die Direktoren beider Systeme wurden 1945 aus ihren Ämtern entlassen.³⁶

Am 1. Oktober 1945 begann für sämtlichen Schulen des Kreises wieder der Unterricht. Ostern 1946 begann das neue Schuljahr, das eigentlich im Herbst 1945 hätte beginnen müssen, da im NS-Staat 1941 der Beginn des Schuljahres von Ostern auf den Herbst verlegt worden war. Bei der Eröffnung wurde keine Versetzung vorgenommen. Im Herbst 1946 wurde dann das nächste Schuljahr aufgenommen. Nunmehr wurden in der Stadt Limburg 1.442 Schüler und Schülerinnen in 30 Klassen unterrichtet; jede Klasse hatte demnach durchschnittlich 48 Schüler. Der Anstieg der Schülerzahlen 1946 ist auch auf den Zuzug der Heimatvertriebenen zurückzuführen.

³¹ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1946, Nr. 9 vom 2. März 1946, S. 4.

³² Lehrer Karisch in der Schulchronik von Linter.

³³ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg 1946 Nr. 22 vom 8. Dezember 1946, S. 3.

³⁴ Schulchronik Limburg System I 1912-1950 S. 25.

³⁵ Rektor Pretz, in: Schulchronik Limburg – System I 1912 – 1950, S. 114

³⁶ Seit 1912 hatte Limburg zwei Schulsysteme, denen drei Schulhäuser zur Verfügung standen.

1950 wurde der Schuljahrbeginn wieder auf das Frühjahr verlegt. Das blieb dann auch so bis 1966; Ostern 1966 begann ein „Kurzschuljahr“, das schon am 1. Dezember des gleichen Jahres endete. Das nächste Kurzschuljahr begann dann im Dezember 1966 und dauerte bis Juni 1967. Damit war dann der auch heute noch geltende Wechsel im Herbst eines jeden Jahres erreicht.

Es herrschte kein Mangel an Lehrern, wohl aber ein enormer Mangel an Räumen: „Die Werner-Senger-Schule zum Teil zerstört, die Wilhelmiten-Schule von städtischen Ämtern in Anspruch genommen, die Hospitalschule verschmutzt, wenig Glasfenster. ... Anfang Dezember ist das Heizmaterial zu Ende. Wir siedeln um: die Mädchenklassen der Mittel- u. Oberstufe in die Marienschule, alle anderen ins Gymnasium.“³⁷

Der Schulbetrieb an der „Städtischen Oberschule für Jungen“ in Limburg sollte am 1. Dezember 1945 wieder aufgenommen werden. Im Nationalsozialistischen Staat waren viele Gymnasien in Oberschulen umbenannt worden, so auch in Limburg. Im Krieg sind viele Schüler zum Wehrdienst einberufen worden; diesen wurde im Dezember 1945 ein besonderer Lehrgang zur Erlangung des Reifezeugnisses angeboten.³⁸

Die Marienschule in Limburg wurde 1939 von den Nationalsozialisten aufgelöst, ebenso die evangelische Thau-Schule; beide Schulen wurden dann zur „Hans-Schemm-Schule“ vereinigt. Nach dem Krieg wurde die Marienschule wieder eröffnet, wenn auch zunächst als „Realgymnasium für Mädchen“, ab Ostern 1946 als Gymnasium. Anmeldungen für die Oberschule konnten bis zum 21. November 1945 erfolgen. Die neue Sexta kam erst Ostern 1946.³⁹

Im Jahr 1946 hatten die Menschen noch mit mancherlei Problemen zu kämpfen. Lebensmittelknappheit, Wohnraumknappheit, fehlendes Heizmaterial, eingeschränkte Bewegungsfreiheit und noch manches andere machten den Menschen zu schaffen. Es war noch nicht absehbar, wie es einmal weitergehen könnte. 1948, also zwei Jahre später, kam die Währungsreform: Die Reichsmark (RM) wurde durch die Deutsche Mark (DM) abgelöst. Schlagartig hörte der Schwarzmark auf, denn die begehrten Artikel waren nun überall erhältlich. Der Wohlstand der Bevölkerung wuchs. 1949 wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet, damals jedoch bestehend nur aus den westlichen Bundesländern.

Es war eine Erfolgsgeschichte, die man jedoch 1946 noch nicht ahnen konnte.

³⁷ Schulchronik System II S. 113 f.

³⁸ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg, 1945, Nr. 19 vom 17. November 1945, S. 2.

³⁹ Mitteilungen für Kreis und Stadt Limburg, 1945, Nr. 19 vom 17. November 1945, S. 2.